



Landrat brüllt, poltert und schließt den Kreißaal Dillenburg; keine Bestandsgarantie für Klinikstandort!



Was das für die Gesundheitsversorgung bedeutet, weshalb die Schließung nicht nötig war und wie Landrat Schuster (SPD) nun konzeptlos seine Fehler vertuscht, lesen Sie auf Seite 2 und 3.



49! Eine Zahl, bloßes Ampel-Chaos

Eine Analyse zum „49-Euro-Ticket“ – was darf Mobilität kosten und wie die Ampel in der Berlin versagt. Mehr auf Seite 4.

Sie haben Probleme mit Ihren Strom- oder Heizkosten?

Unsere Energiekosten-Hotline hilft weiter!
Mehr auf Seite 11

Rekord: 400.000 junge Menschen in Hessen leben in Armut:

Was es jetzt braucht, lesen Sie auf Seite 9





Schließung des Kreißsaals Dillenburg: Landrat brüllt, poltert und wischt alle Sorgen weg

Nachdem über zwei Monate Debatten und Anhörungen zur Rettung der Geburtsklinik Dillenburg durch Landrat Wolfgang Schuster und insbesondere seine SPD-Fraktion verhindert wurden, konnte am 19. Dezember endlich das Thema Geburtsstation auf die Agenda. Der letzte Rettungsversuch ist jedoch leider am Starsinn des genannten Personenkreises gescheitert.

Der Kreißsaal wurde damit zum 31.12.2022 geschlossen, obwohl es keine rechtlich verbindliche Notwendigkeit dafür gibt. Es gäbe sogar wieder genug Ärzte, die bereit wären, sich die Dienste aufzuteilen – weitere Ärzte hatten Interesse bekundet.

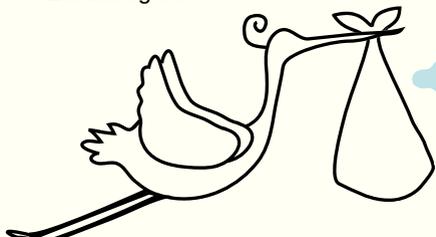
Die Geschäftsführung sowie der Aufsichtsrat, dem der Landrat als Vorsitzender vorsteht und auch die Mehrheit des Kreistages waren jedoch nicht bereit, sich diese Möglichkeiten überhaupt anzuhören. Das ist äußerst bedauerlich und sorgt seit Anfang 2023 für eine immense Verschlechterung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Werdende Mütter müssen nun bis zu 50 Kilometer zum nächsten Kreißsaal zurücklegen.

Rettungsdienste sind nicht für Geburten ausgestattet und geschult, ein Konzept wie die Geburtsstation Wetzlar, die 500 Geburten auffangen soll, liegt nicht vor. Nach Aussage des Landrates sei es für das Personal in Wetzlar, das jetzt schon auf dem Zahnfleisch geht, kein Problem, täglich noch eine Geburt mehr zu stemmen. Völliger Realitätsverlust. Dazu passt auch das aggressive und lautstarke Auftreten des Landrates, der unsere Abgeordnete Ohnacker, die selbst Krankenschwester in Dillenburg ist, anbrüllte und sich überhaupt nicht mehr unter Kontrolle hatte.

Dieser Ton ist sinnbildlich dafür, wie Aufsichtsrat und Geschäftsführung in den vergangenen Wochen und Monaten mit den Beschäftigten umgegangen sind – da lädt die Geschäftsführung bspw. eine „Expertin“ ein, die vor den anwesenden Ärzt*innen, Hebammen und Pflegekräften meinte, dass sie niemals in Dillenburg ein Kind bekommen wollen würde, weil es ihr zu gefährlich sei – viel mehr kann man den eigenen Beschäftigten gar nicht mehr ins Gesicht spucken.

Es bleibt dabei: Die Schließung hätte verhindert werden können – wenn es denn gewollt gewesen wäre.

*Und wer denkt
eigentlich an mich!?*





Landrat: Keine Bestandsgarantie für das Krankenhaus Dillenburg; „keine relevante Versorgungslücke“!?

LINKSFRAKTION reicht Fragenkatalog zur Schließung der Geburtsklinik ein

Nachdem bereits die Kinder-, HNO- und zuletzt unnötigerweise auch die Geburtsstation im Dillenburg Krankenhaus geschlossen wurde, nun der nächste Tiefschlag für die Gesundheitsversorgung im Lahn-Dill-Kreis: Es gibt vom Landrat keine Bestandsgarantie für den Klinikstandort Dillenburg.

Dies geht aus einem Fragenkatalog hervor, den die Fraktion DIE LINKE. eingereicht hat. Der Katalog umfasst 37 Fragen rund um die Schließung des Kreißaals, die der Landrat und seine Koalition durchgepeitscht haben: 9 Fragen wurden gar nicht erst beantwortet. Absolut inakzeptabel.

Nach den dünnen und unvollständigen Antworten auf die weiteren Fragen beispielsweise bedürfe es nach der Schließung in Dillenburg angeblich keiner Stellenaufstockung in Wetzlar. Dem vorhandenen Personal sei das Mehr an Geburten, das nun auf sie zukommt, zuzumuten.

Ebenso gibt es weder eine Aufstockung im Bereich der Rettungsdienste, die nun längere Wege zurückzulegen haben, noch ein Konzept, um die Flächenversorgung sicherzustellen, da Rettungsdienste weder für Entbindungen geschult noch ausgestattet sind.

Auch behauptet der Landrat, dass durch die Schließung in Dillenburg „keine relevante Versorgungslücke“ entstehe.

Auf die Frage, ob von jedem Ort aus dem Lahn-Dill-Kreis zu jeder Zeit und Wetterlage die oft beschworene maximale Fahrzeit von 40 Minuten für Gebärende einzuhalten sind, gab es weder eine Antwort noch einen Verweis auf die Datengrundlage.

Fraktionsvorsitzender Tim Zborschil zu den Antworten: „Der sonst so laute Landrat gibt sich bei der Beantwortung unangenehmer Fragen ungewohnt schmallippig bzw. beantwortet sie entgegen seiner Pflicht erst gar nicht. Der Landrat, seines Zeichens auch Aufsichtsratsvorsitzender der Lahn-Dill-Kliniken, öffnet weiteren Stations-schließungen Tür und Tor, während seine Koalition eine Analyse zu bestehendem und künftigem Personalmangel verhindert hat. Das ist beschämend und verantwortungslos.“

Die Linksfraktion hat nun einen Antrag für eine Bestandsgarantie des Klinikstandortes Dillenburg im Kreistag eingebracht, der am 27. März auf der Tagesordnung stehen wird.





9 Euro, 49 Euro, 31 Euro? Was sollten Bus und Bahn kosten?

Das 9-Euro-Ticket hat deutlich gezeigt, dass es geht, wenn man denn nur will. Und wir als LINKE. wollen!

Es ist bemerkenswert: Das einzig wirklich positive Projekt der Ampel-Regierung, das „9-Euro-Ticket“, welches im vergangenen Sommer Millionen Menschen ein ganz neues Maß an gesellschaftlicher Teilhabe bescherte, wurde ohne Sinn, Verstand und Plan nach drei Monaten wieder eingestampft. Dabei ermöglichte dieses Ticket unglaublich vielen Menschen, die sich seit Jahren keine Reise mehr leisten konnten, ihre Freunde und Verwandten zu besuchen, sich Städte anzusehen, die sie sonst nur aus dem Fernsehen kannten, und auch einfach mal rauszukommen.

Ende vergangenen Jahres wurde dann verkündet, dass ein sog. Deutschlandticket kommt, das 49 Euro kosten soll. „Deutschlandticket“, damit man nicht auf einen Betrag festgelegt ist und diesen nach Belieben erhöhen kann.

Abgesehen davon, dass 49 Euro im Monat für einen Großteil der Nutzenden des 9-Euro-Tickets im vergangenen Jahr zu teuer und unattraktiv ist, wird erneut deutlich, dass die Ampel in Berlin nur Chaos produzieren kann:

Zunächst sollte das Ticket zum Jahresstart 2023 kommen, dann zum 01. März, später zum 01. April und nun ist sogar unklar, ob es zum 01. Mai starten kann. In die Röhre gucken also mal wieder diejenigen, die ohnehin schon am wenigsten haben. Die Linksfraktion hat deshalb im Kreistag Lahn-Dill einen Antrag gestellt, nach dem der Landkreis das Deutschlandticket für Menschen im Sozialleistungsbezug und mit niedrigen Einkommen auf 29 Euro pro Monat subventionieren soll.

Dass die Hessische Landesregierung wenige Tage später ankündigte, das Deutschlandticket auf 31 Euro pro Monat zu reduzieren zeigt, dass die emsige Arbeit der vielen Linksfraktionen in Hessen Wirkung gezeigt hat.

Klar ist: Es braucht einen flächendeckenden, bezahlbaren ÖPNV. Andere Länder machen vor, wie es geht: In Luxemburg und dem überwiegenden Teil von Estland sind Bus und Bahn kostenlos. Das sollte Vorbild für Deutschland sein. Auch das 9-Euro-Ticket hat deutlich gezeigt, dass es geht, wenn man denn nur will. Und wir als LINKE. wollen!



Förderung von Balkonkraftwerken im LDK abgelehnt

Bis zu 600 Kilowattstunden können Privathaushalte ohne großen bürokratischen Aufwand mit sog. „Balkonkraftwerken“, also kleinen Photovoltaik-Anlagen für Balkon oder Garten, selbst erzeugen und klimafreundlich verbrauchen.

In vielen Städten und Gemeinden dieser Republik gibt es bereits Förderprogramme, um die Anschaffung gerade denen zu ermöglichen, die auf bezahlbare Energie am meisten angewiesen sind. Auch im Lahn-Dill-Kreis gibt es ein solches Programm bereits in Lahnuau.

Der Lahn-Dill-Kreis macht sich bisher einen schlanken Fuß, obwohl der eigene Klimaschutzmanager Ingo Dorsten Balkonkraftwerken eine „hohe Bedeutung für die Energiewende“ zuschreibt.

Daher beantragte DIE LINKE., ein Förderprogramm in Absprache mit den Städten und Gemeinden des Landkreises zu erstellen – auch damit es keinen unübersichtlichen Flickenteppich und Nachteile für Einwohner*innen bestimmter Gemeinden gibt. Leider lehnten alle anderen Fraktionen dieses Vorhaben ab. Die Grünen-Fraktion empfahl Bedürftigen gar, sich in diesen Zeiten von Rekordinflation mit der Aufnahme eines Kredites zur Anschaffung zu verschulden.

Aber in Sachen Nachhaltigkeit haben die Grünen ohnehin seit Lützerath jegliche Glaubwürdigkeit verspielt.

Der Lahn-Dill-Kreis versäumt es hier, einen Beitrag zur Abhängigkeit von fossiler Energie aus fragwürdigen Diktaturen oder umweltschädlichen Fracking-Bohrungen zu leisten.

Jede eingesparte bzw. nachhaltig selbst erzeugte Kilowattstunde wäre ein Beitrag in die richtige Richtung. Aber eins ist sicher: Wir werden weiter Druck machen!

LINKSFRAKTION beantragt Bericht zu Reichsbürgern im Lahn-Dill-Kreis

Der Lahn-Dill-Kreis ist als Hort militanter, nationalistischer und demokratiefeindlicher Strukturen bekannt: Das belegen nicht nur immer wieder Waffenfunde bei Neonazis, Schmierereien, Übergriffe. Nachdem im Zuge der bundesweiten Razzia gegen die sog. Reichsbürgerszene im Dezember auch eine Festnahme im Lahn-Dill-Kreis bekannt wurde, drängen sich einige Fragen auf. Die Linksfraktion möchte unter anderem wissen, wie viele bewaffnete Reichsbürger bzw. Rechtsextremisten es im Landkreis gibt, wie vielen von ihnen in der Vergangenheit die Waffenbesitzkarte entzogen wurde, aber auch, ob es bereits Bedrohungen oder anderweitige Übergriffe auf die Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung gegeben hat.

Sie haben ein Anliegen? Wir sind für Sie da!

Kontaktieren Sie uns unter kreistagsfraktion@die-linke-ldk.de oder kommen Sie in unser Büro:

Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar



Tim Zborschil,
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE. Kreistagsfraktion

„Schön, dass ihr nicht wie die anderen nur zum Wahlkampf da seid!“

LINKE Wintertour durch den Lahn-Dill-Kreis!

Kein Wetter zu kalt, kein Schnee zu tief: Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Petra Heimer sind Mitglieder der LINKEN. Lahn-Dill unter dem Motto „Bewegen gegen soziale Kälte“ im gesamten Lahn-Dill-Kreis unterwegs gewesen.

Neben einer zentralen Kundgebung auf dem Haigerer Marktplatz am 19. Januar sind innerhalb von sieben Tagen auch in Schöffengrund-Schwalbach, Hüttenberg-Rechtenbach, Siegbach-Eisemroth sowie Greifenstein-Beilstein, Driedorf und Sinn Aktionen durchgeführt worden.

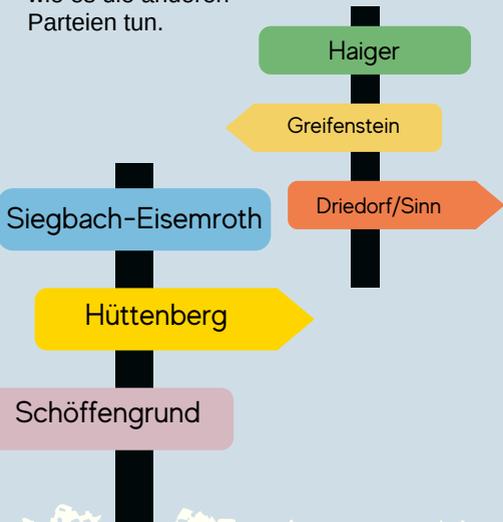
Das Echo, so Kreisvorsitzender Tim Zborschil, sei „durchweg positiv.“ Für unsere Kundgebung in Haiger interessierte sich auch der Hessische Rundfunk, der vor Ort O-Töne für die regionale Hessenschau aufnahm.

Viel wichtiger jedoch: Die Bürgerinnen und Bürger honorierten unseren Einsatz im Haigerer Schneetreiben und rechneten uns hoch an, dass wir nicht nur zu Zeiten des Wahlkampfes aufschlagen, wie es die anderen Parteien tun.

Für DIE LINKE sei klar: Besonders in diesem Winter, wo viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihre Nebenkosten oder auch den alltäglichen Einkauf bezahlen sollen, müssen Parteien und Politik vor Ort präsent sein, Sorgen und Nöte ernst nehmen und Perspektiven bieten. Für DIE LINKE sei das selbstverständlich, sodass beispielsweise auch eine eigene Energiekosten-Hotline eingerichtet wurde, die Bürger*innen in Notlage Unterstützung bietet.

Die Termine für die Frühjahrstour mit der Landtagsabgeordneten Petra Heimer stehen auch bereits fest: Diese wird am 13., 14. und 27. März sowie am 01. April stattfinden.

Weitere Infos dazu wird es bald auf unserer Website www.die-linke-ldk.de geben. Wenn Sie nichts verpassen möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an kreisverband@die-linke-ldk.de. Dann bekommen Sie die Infos direkt zugesandt.



Lacher, leckeres Essen, gedankenreiche Gespräche beim Neujahrsempfang

Schon der liebevoll geschmückte und gut gefüllte Saal sorgte für eine angenehme Atmosphäre. So war es nicht überraschend, dass beim LINKEN Neujahrsempfang neben leckerem Essen – Chili con oder sin carne – zu Anfang auch ein amüsanter wie satirischer Sketch genossen werden konnte. Ein junger Bauingenieur schwärmte dabei enthusiastisch von einer Parkhaus-Architektur, die in den Wetzlarer Dom baulich integriert werden soll. So wurde das tatsächliche und aus der Zeit gefallene Parkhaus-Projekt oberhalb des Doms ad absurdum geführt.

Gegen jenes Parkhaus und weitere Wetzlarer Projekte, welche die lokale Klimawende konterkarieren, engagieren sich in unserem Kreis sehr beherzt einige Bürgerinitiativen. Und daher war es besonders erfreulich, dass zahlreiche Vertreter*innen dieser Initiativen ebenfalls kamen. Hermann Schaus zog zu ihnen eine Bilanz der vergangenen Monate – von der Verhinderung der Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs der Bürgerinitiativen, dem beinahe, aber nicht ganz unterbundenen Auftritt der Gewerkschaft Verdi. beim Brückenfest

bis zur Debatte in der Stadtverordnetenversammlung über solche ehrenwerten Engagements. Leider werden diese weder von den Regierungsparteien Freie Wähler, FDP, Grüne und SPD geschätzt noch von der übrigen Opposition (siehe Seite 10). Eine weitere Kooperation von LINKEN und den Bürgerinitiativen scheint dagegen aussichtsreich.

Auch die LINKE-Bundesvorsitzende Janine Wissler war mit dabei. Sie erinnerte in ihrer Rede daran, was LINKE (Bundes)politik bedeutet: eine Solidarität auf sämtlichen Ebenen wie beim Pflegenotstand, bei steigenden Mieten, der Inflation sowie Kriegen in aller Welt. Und sie ließ es sich anschließend nicht nehmen, sich ausgiebig und gut mit dem Betriebsrat der Lahn-Dill-Kliniken über die derzeitige Gesundheitsversorgung im Kreis auszutauschen. Auch packte sie mit Interessierten weitere heiße politische Eisen an und ging auf ihre Fragen ein.

Hat das Lust gemacht auf mehr? Dann begrüßen wir Sie gerne im nächsten Jahr bei unserem Neujahrsempfang oder anderen LINKEN Veranstaltungen.



... es kommt darauf an, sie zu verändern. **DIE LINKE.**

LINKE Hessen stellt Entwurf für Landtagswahlprogramm vor: Sozial, ökologisch und gerecht.

„Hessen braucht Veränderungen. Unser Ziel ist ein soziales, gerechtes, ökologisches und friedliches Land. Wir wollen eine Politik, die soziale Sicherheit für alle schafft, Kinder und Jugendliche, aber auch im Alter, bei Erwerbslosigkeit oder Krankheit vor Armut schützt. Bei unserem Programmentwurf stehen daher konkrete Maßnahmen für eine Gesellschaft des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität im Mittelpunkt“, erklärt Christiane Böhm, Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE. Hessen.

„Wir werden mit einem Sofortprogramm Armut in Hessen bekämpfen. Die Daseinsvorsorge soll kostengünstig oder kostenlos garantiert sein. Energiesperren und Zwangsräumungen werden wir verbieten. Ein Landesmindestlohn von 14 Euro soll gesetzlich eingeführt und kontrolliert werden. Das Land muss bei seinen eigenen Auftragsvergaben dafür sorgen, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit garantiert wird.“

Als konsequente Umweltschutzpartei verbinden wir die soziale mit der ökologischen Frage“, ergänzt Jakob Migenda, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Hessen. „Mit uns kommt die endgültige und vollständige Stilllegung des Kohlekraftwerks Staudinger. Wir brauchen schnelle Schritte zu einer vollständigen Versorgung durch erneuerbare Energien.

Wir wollen die Preise im ÖPNV deutlich senken und streben dabei die zügige Umsetzung des Nulltarifs für Hessen an. Damit stellen wir sozial und ökologisch die Weichen für eine notwendige Verkehrswende. DIE LINKE lehnt den weiteren Ausbau von Autobahnen in Hessen ab. Zudem wollen wir eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h für Pkw auf allen Autobahnen.“

„Ob Corona-Pandemie oder die Preissteigerungen in Folge des Ukraine-Krieges: In den Krisen der letzten Jahre sind die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. DIE LINKE. wird durch gezielte Umverteilung für mehr Gerechtigkeit im Land sorgen. Starke Schultern können und müssen mehr tragen“, erklärt Jan Schalauske, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag.

Der Programmparteitag der Hessischen LINKEN findet am 04. März in der Stadthalle Wetzlar statt. Bei Interesse können Sie gerne als Gast vorbeischaun und mit uns in Kontakt treten. Los geht es ab 10:00 Uhr, Abschluss ist voraussichtlich um 21:30 Uhr.

Sie sind herzlichst eingeladen!



Wir brauchen ein Sofortprogramm gegen Armut!

Laut der Bertelsmann-Studie hat Hessen die vierthöchste Armutsquote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Rund 400.000 junge Menschen, also jedes vierte Kind, jeder vierte Jugendliche lebt in Armut. Besonders betroffen mit einem hohen Risiko für Armut waren demnach hierzulande Kinder von Alleinerziehenden (45,4 Prozent) und Familien mit drei oder mehr Kindern (36 Prozent). Damit belegt Hessen Platz 13 unter 16 Bundesländern, welch eine traurige Bilanz!

In einem reichen Land wie Hessen ist jedes vierte Kind von Armut bedroht. Hier muss die schwarz-grüne Koalition mehr tun, als vage Worthülsen im Landessozialbericht aufzuschreiben und die Schuld hierfür im Bund zu suchen. Armutsbekämpfung muss ein Schwerpunkt der Landesregierung werden! Das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein gesundes und diskriminierungsfreies Aufwachsen ist für ein Viertel der Kinder in Hessen keine Realität. Das werden wir auch weiterhin entschieden anklagen und uns nicht damit abfinden.

Schwarz-Grün gefährdet Ihre Gesundheit!

Eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung braucht eine gute Planung und eine ausreichende Finanzierung, um zu verhindern, dass immer mehr Krankenhäuser in Hessen geschlossen werden.

Mein Wahlkreisbüro in Wetzlar:

Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar
kontakt@tim-zborschil.de

Öffnungszeiten:

Mo–Do 12 bis 15 Uhr; Fr 13 bis 16 Uhr

(ÖPNV: Haltestelle Stadthalle,
unser Büro ist komplett barrierefrei)



Petra Heimer,
LDK-Landtagsabgeordnete

Eine für alle Menschen sichergestellte Gesundheitsversorgung ist ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Leider passiert hierzu in Hessen nichts Positives. Denn das Klinikum in Melsungen wurde geschlossen. Auch die Geburtsstation in Dillenburg – geschlossen!

Zwei Drittel der Krankenhäuser sind tief in den roten Zahlen. Die Patientinnen und Patienten, sowie die Beschäftigten haben solche Zustände nicht verdient. Die LINKE Landtagsfraktion hat bereits 2020 einen Gesundheitsplan für Hessen erarbeitet mit vielen konkreten Vorschlägen für die Sicherung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen Versorgung.

Dabei ist doch völlig klar, in welche Richtung wir gehen müssen: Wir brauchen eine verlässliche Finanzierung der Gesundheitsversorgung, ein mehrstufiges System von der maximal versorgenden Klinik bis hinunter zu intersektoralen und kommunalen oder genossenschaftlichen Gesundheitszentren, die wohnortnah die Grundversorgung garantieren.

Wir bleiben dabei – Gesundheit ist keine Ware und darf nicht dem Profit unterworfen werden, sondern muss sich am Wohl der Patientinnen und Patienten orientieren.





Keine Ausgrenzung kritischer Initiativen in Wetzlar!

*Für ein solidarisches Wetzlar, für mehr Miteinander und Bürger*inneninitiative*

Mitte November 2022, war die Wetzlarer Altstadt, nachmittags ab 16.00 Uhr, sehr belebt., Denn 50 Geschäftsinhaber*innen und eine Vielzahl von Vereinen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und auch die Parteien Grüne und DIE LINKE, folgten der Einladung des Bündnisses Wetzlar. solidarisch gegen Rassismus, Hass und Hetze in unserer Stadt. Mit Musik, Kunst, Literatur, Informationen, Gesprächen und einem kreativen Miteinander haben sich viele an der Aktion beteiligt.

„Wir möchten, dass unsere Stadt als solidarische Stadt wahrgenommen wird. – Dazu braucht es ein sicht- und erfahrbares Miteinander von Politik, – Einzelhandel und Zivilgesellschaft.“, war in einer Information der Initiative zu lesen. Warum, so fragen wir, kann das nicht auch bei anderen Großveranstaltungen auch so sein, dass eine Brücke zwischen Politik und engagierten Bürger*innen und Bürgern, die sich auch in Bürgerinitiativen dafür ein attraktiveres Wetzlar einsetzen Wetzlar besser zu machen, geschlagen wird/werden? Deshalb haben wir Ende letzten Jahres auch einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der für viel Aufregung und noch mehr unangemessene Polemik bei den Koalitionsfraktionen, aber auch bei der CDU sorgte.

Darin forderten wir: „Der Wetzlarer Magistrat soll beauftragt werden, ein Konzept zur Einbeziehung von daran interessierten Bürgerinitiativen, Interessensgruppen Parteien und Gewerk-

-schaften bei der programmatischen Ausgestaltung von städtischen Großereignissen (wie z.B.: Ochsenfest, Brückenfest, Gallusmarkt, Apfelmarkt) auszuarbeiten.“ Unser Antrag zielte damit auf mehr Bürger*innen-Beteiligung ab.

Dass in der jüngsten Vergangenheit engagierten Bürger*innen und Bürger unserer Stadt, die sich z.B. gegen Flächenversiegelung und für eine Verkehrs- und Mobilitätswende stark machen, die „kalte Schulter“ gezeigt wurde, ist – angesichts der Herausforderungen, vor denen wir auf diesem Gebiet stehen – absolut unverständlich. So durfte das Verkehrswendebündnis und die BI Lebenswerte Altstadt auf dem Brückenfest keine Infostände aufstellen, obwohl wohingegen sonntags bei der Aktion „FahrRad“ über alternative Verkehrsmodelle informiert wurde.

Das Brückenfest sei ein Familien-, Sport- und Stadtfest und nicht Teil einer politischen Aktion, wurde uns immer wieder entgegengehalten. Wo beginnt denn eine politische Aktion? Und vor allem: Wer entscheidet denn darüber, was politisch ist und was nicht? Wir als LINKE finden halten die politisch motivierten Ausgrenzungen von fortschrittlichen Initiativen und Organisationen in Wetzlar weiterhin für unerträglich!

LINKE-Parteivorsitzende Janine Wissler trifft Betriebsrat der Lahn-Dill-Kliniken

Inhaltlich von großem Interesse war unter anderem die Situation nach der Schließung der Dillenburg Geburstation, die DIE LINKE. als einzige Fraktion im Kreistag glaubhaft versuchte zu verhindern.

„Das Gespräch half uns sehr weiter, um die halbherzigen und unvollständigen Antworten des Landrates zur Personallage und der mangelnden Versorgungsqualität nochmals besser einordnen zu können.

Es zeigte uns aber auch erneut, dass wir mit unserer Forderung nach Transparenz und vollständigen Antworten nicht alleine sind – zum Beispiel in der Frage einer Bestandsgarantie für den Standort Dillenburg, die Landrat Wolfgang Schuster zuletzt verweigert hatte.“, so Ohnacker anschließend.

Janine Wissler verwies darauf, dass es anders als von Gesundheitsminister Lauterbach angekündigt tatsächlich eine „ganzheitliche Revolution“ im Gesundheitssystem brauche, nämlich weg von der immer fortschreitenden Ökonomisierung & Profitorientierung hin



Tim Zborschil,
Wahlkreismitarbeiter
LINKE-Landtagsfraktion

Christiane Ohnacker,
gesundheitspolitische Sprecherin
LINKE Kreistagsfraktion Lahn-Dill

zu einer bedarfsgerechten und wohnortnahen Versorgung. Das heißt in der Konsequenz auch die Abschaffung des Fallpauschalensystems, weniger Bürokratie für Ärzt*innen und selbstverständlich bessere Arbeitsbedingungen und Löhne für die Beschäftigten, die tagtäglich am Limit und darüber hinaus schuften.

Wir danken dem Betriebsrat für den herzlichen Empfang, die gute Verpflegung und das Gespräch. Es gibt viel zu tun.

Wir bleiben am Ball. Versprochen!

Probleme mit Ihren Strom- und Heizkosten?

Energiekosten-
HOTLINE

Tel.: 0561 – 9201505
DIE LINKE. Hessen



DIE LINKE.
hilft!

Sie erreichen uns
Montag bis Freitag
von 16:00 - 18:00 Uhr

Sie wissen nicht, wie Sie Ihre Heizkosten noch bezahlen sollen? Welche Möglichkeiten gibt es, um eventuell staatliche Unterstützung zu erhalten?

In Zusammenarbeit mit der **Erwerbsloseninitiative Fulda e.V.** bietet **DIE LINKE. Hessen** eine Hotline an, in der Sie erste Hilfestellungen und Tipps bekommen.

Sie erreichen uns Mo-Fr, 16:00-18:00 Uhr

unter 0561-9201505



TOP TIPS

Buchempfehlung: *Das Ende des Kapitalismus – Warum Wachstum und Klimawende nicht vereinbar sind*

Die Publizistin Ulrike Herrmann beschäftigt sich in ihrem Buch mit der Frage, was unternommen werden muss, um unsere Erde zu bewahren. Ihre Aussage ist unmissverständlich: Aufgrund seines wesenhaften Wachstumszwangs – d.h. immer mehr Profite – zerstört der Kapitalismus die Umwelt; es gibt kein grünes, also umweltgerechtes Wachstum. Allerdings liefert die Autorin keine enthusiastische Kapitalismus-Kritik und erst recht keinen Aufruf zur Revolution, sondern eine nüchterne und gute, da fundierte Analyse unserer Lebensverhältnisse.

Diese Nüchternheit drückt sich in der Frage aus, welche Alternative es zum Kapitalismus gibt. Ihre Antwort: Planwirtschaft und Kreislaufwirtschaft. Besonders bei Ersterem kann man stutzig werden. Planwirtschaft, das war doch schon mal? Stimmt, zumindest Herrmann zufolge in England, 1939, als das Land seine Kriegswirtschaft plante – kein schillerndes Beispiel, aber ein nachvollziehbares.

Und es zeigt vor allem: linke Kapitalismus-Kritik ist mehr als nur ein ideologisches Fantasiebild. Denn sie basiert auf konkreten Vorstellungen, wie Ulrike Herrmann plausibel und in gut verständlicher Sprache darstellt.

Das Buch, erschienen im Kiepenheuer-&Witsch-Verlag, kostet 24,00 € und war kurzzeitig Spitzenreiter der Spiegel-Bestseller-Liste.

Mitmachen und einmischen! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums.

**Einmischen!
Mitmachen!** 

Interesse? Schreiben Sie uns eine E-Mail an kreisverband@die-linke-ldk.de oder kommen Sie einfach mal vorbei. Unser Büro ist jeden Wochentag besetzt!

Sie finden den Lahn-Dill-Kurier gut und möchten uns unterstützen? Gerne können Sie mit einer kleinen **Spende** dazu beitragen, dass unsere künftigen Auflagenzahl größer wird!

DIE LINKE. KV Lahn-Dill
Sparkasse Wetzlar
IBAN: DE33 5155 0035 0002 1308 21

DIE LINKE. Lahn-Dill
Friedenstraße 16,
35578 Wetzlar (Nähe Stadthalle)

Öffnungszeiten:
MO–DO: 12 bis 15 Uhr
FR: 13 bis 16 Uhr

Mehr Infos und aktuelle News immer auf unseren Kanälen:



@linke_lahndill



@DIE.LINKE.LDK



www.lahn-dill-kurier.de

Impressum:

DIE LINKE. Lahn-Dill
V.i.S.d.P. Tim Zborschil
Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar